

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

Zunächst einmal bedanke ich mich bei ihnen Herr Bürgermeister, sowie Herrn Blasweiler und ihren Kollegen insbesondere Herrn Haarhaus für die Erstellung des Haushaltes. Das erste Mal im NKF, was sicher eine große Herausforderung für sie war, aber wie es sich bereits zeigte, eine noch größere Herausforderung für uns Politiker.

Das Wichtigste vorweg: Bündnis 90/GRÜNE werden dem Haushalt heute zustimmen. Und trotzdem wird es wieder Zeit, mit ihnen gemeinsam einen GRÜNEN Blick in die Zukunft unserer Stadt zu wagen.

Die Themen der Zukunft werden aus unserer Sicht natürlich von der konjunkturellen Lage unseres Landes und somit der finanziellen Ausstattung der Kommunen gekennzeichnet sein.

In wie weit wir nachhaltig gerechte Ideen und Ansätze für unsere Stadt umsetzen können, ist so stark wie nie zuvor von landes- und bundespolitischen Willen abhängig und es ist ebenso wichtig wie nie zuvor ein innovatives Gemeindefinanzierungskonzept zu fordern.

Ein positives Beispiel von bundespolitischer Abhängigkeit ist das neu aufgelegte Konjunkturprogramm der Bundesregierung. Hiermit ist der Stadt möglich, Investitionen zu tätigen, die ohne diese Finanzspritze kaum zu bewältigen wären. Aus unserer Sicht - und da geben wir dem Bund Recht - sind diese zusätzlichen Gelder hauptsächlich in die Sanierung von Bildungseinrichtungen und den Klimaschutz zu investieren.

Der GRÜNE Blick in die Zukunft wird also gekennzeichnet sein von

- Der Chancengleichheit und damit dem Ausbau des Bildungssystems
- einem wertschätzendem Umgang mit dem demographischen Wandel in unserer Stadt, dem durch vielfältige Entscheidungen Rechnung getragen werden muss
- der Sicherung von Arbeitsplätzen
- einer nachhaltigen Finanzwirtschaft
- Einem ressourcenschützendem Umgang mit Flächen für Gewerbe und Wohnen
- und selbstverständlichem Klimaschutz und CO₂-Reduzierung.

Das Thema Klimaschutz hat mittlerweile in jeder Partei Einzug gehalten, bei den einen mehr, bei den anderen weniger.

Das zeigt die mittlerweile große Bedeutung des Klimaschutzes, was ich als Erfolg GRÜNER Politik werte. Immer wieder haben wir, ohne uns entmutigen zu lassen, umweltpolitische Themen zur Diskussion gestellt. Häufig haben wir dafür ein müdes Kopfschütteln oder gar Gelächter geerntet, doch diese Zeiten scheinen vorbei zu sein. Klimaschutz ist in jeder Partei zu einem Wahlkampfthema geworden, auch wenn es CDU und FDP hauptsächlich darum geht, Atomkraft wieder salonfähig zu machen. Wie wichtig uns allen der Klimaschutz für Lüdenscheid wirklich ist, wird sich in der Weiterentwicklung unseres Klimaschutzkonzeptes in diesem Jahr zeigen.

Einstimmig ist Anfang 2008 unser Konzept, bzw. die Einhaltung der CO₂-Reduzierung gemäß dem Leitbild des Klimaschutzbündnisses verabschiedet worden. Auf Antrag und Eigeninitiative des Rats Herrn Cordt ist die Stadt wieder Mitglied im Klimabündnis geworden.

Doch was heißen all diese Beschlüsse für uns?

Bis jetzt gibt es lediglich die Zusage einer Beantragung von Fördergeldern des Bundes für die Beauftragung zur Erstellung einer Erstanamnese zum Klimaschutz in Lüdenscheid.

Oder anders gefragt:

- Sind sie bereit zur Übernahme von Folgekosten z. B. für die Weiterbeschäftigung eines Klimaschutzbeauftragten?
- Sind sie bereit, wie auf Antrag der GRÜNEN im Kreistag für den MK beschlossen, städtische Gebäudedächer z. B. für Photovoltaik bereitzustellen und finanziell zu unterstützen?
- Sind sie bereit, öffentliche Verkehrsmittel als Beitrag zur CO₂-Reduzierung zu fördern, um sie attraktiver und preiswerter für den Bürger zu gestalten?
- Sind sie bereit, gewünschte Flächen für Windkraftanlagen für die SEWAG im Flächennutzungsplan auszuweisen?
- Sind sie bereit, jegliche Investitionen und Entscheidungen auf ihre Klimafreundlichkeit zu überprüfen?
- Sind sie also wirklich bereit, für den Klimaschutz zu handeln, meine Damen und Herren?

Dann finden sie in unserem Klimaschutzkonzept umfassende Handlungsalternativen! Arbeiten sie mit uns daran, in diesem Jahr den Klimaschutz in den Vordergrund zu rücken und lassen sie ihren gut gemeinten Worten endlich Taten folgen!

Als einen ersten Schritt werden wir beantragen, den Klimaschutz in die Handlungsfelder der Stadt aufzunehmen, d. h. er muss in die Produktaufstellung aufgenommen werden und mit entsprechenden Zielvorgaben seitens der Politik versehen werden. Dies wird dazu führen, dass die Stadt sich ein eigenes Klimaschutzziel setzen muss und darüber jährlich Rechenschaft ablegen wird. Und da Ziele konkret und überprüfbar sein müssen, wird sich die Verwaltungsspitze und jeder einzelne von ihnen daran und somit an ihrer Ernsthaftigkeit im Umgang mit dem Klimaschutz messen lassen.

Sind sie also wirklich bereit?

Im weitesten Sinne mit dem Klimaschutz verbunden ist die Neugestaltung des Bahnhofgeländes.

Hier ist es erfreulich, dass sich nun parteiübergreifend eine Attraktivitätssteigerung des Bahnhofgeländes und somit des ÖPNVs durchgesetzt hat.

Alte, traditionelle GRÜNE Forderungen, wie Aufenthaltsmöglichkeiten, Toiletten an zentraler Stelle des ÖPNVs und öffentliche Verkaufsflächen werden mit dem Konzept der Umgestaltung aufgenommen und weiterentwickelt.

Auch die Anbindung der Fachhochschule an das Bahnhofsgelände ist zu begrüßen.

Nächste durchaus auch als verkehrspolitische und somit auch als klimarelevante Entscheidung zu betrachten, ist der Umgang mit der Parkpalette in der Altstadt. Über den Erhalt der ursprünglichen Anzahl der Parkplätze sind wir uns einig.

Eine Aufstockung der Parkpalette und somit ein möglicher Ausbau von Parkplätzen ist aus unserer Sicht aufgrund des damit verbundenen erhöhten Verkehrsaufkommens in der Innenstadt nicht zu verantworten und mit uns nicht zu machen.

Wichtiger erscheint uns, dass die Bewohner der Altstadt ihre vertraglich festgelegten Parkplätze in der jetzigen Form beibehalten können.

Eine Neubewertung der Parkplätze werden wir nach der aktuellen Rechtslage der Verträge nicht mittragen.

Die unterschiedlichen Aussagen der Gutachten bezüglich einer möglichen Sanierung der Parkpalette sind von uns fachlich nicht nachvollziehbar. Fest steht für uns, dass es für die Stadt möglich sein sollte, selbst als Investor aufzutreten, um eigene Interessen gestalterischer und verkehrspolitischer Art umzusetzen.

Zu einer lebenswerten Stadt in der ihre Bürger gerne wohnen, gehören attraktive Angebote für alle Generationen.

Wir begrüßen es sehr, dass in diesem Jahr die Villa Reseda an neuem, modernen Standort wieder eröffnet wird. Dieser Umbau eines alten Industriegebäudes ist ein gutes Beispiel attraktiver und innovativer Wohnraumgestaltung für Senioren. Ebenso lobenswert zu erwähnen, ist die Sanierung alter Wohngebäude z. B. der Wohnstätten für seniorengerechtes Wohnen in unserer Stadt.

Die Zunahme zentraler, seniorengerechter Wohnanlagen zeigten u. a., wie wichtig der Umgang mit dem demographischen Wandel langfristig sein wird und wie wichtig entsprechend die Aufstellung der Stadt in diesem Bereich sein wird.

Die Einrichtung des Arbeitskreises Demographie ist von großer Bedeutung, um Auswirkungen von Angeboten und Nachfragen im Bereich Flächennutzung und Verkehr, aber auch im Ausbau von Kindertagesplätzen und Schulen einschätzen zu können.

Wir sind froh, dass auf unsere Initiative hin der Arbeitskreis „Frühe Hilfen“ vor allem die verantwortliche Fachkraft Frau Böhm, neue Konzepte familienunterstützender Angebote entwickelt hat, erste Maßnahmen bereits greifen und die Vernetzung entsprechender Verbände, Organisationen und Dienste gelungen ist.

Immer wieder gibt es aufrüttelnde Beispiele, die zeigen, wie wichtig es ist, früh auf Angebote des Jugendamtes oder anderer Einrichtungen hinzuweisen und gegebenenfalls einzugreifen.

Ein Streitthema oder vielleicht das Streitthema des Jahres 2008 war und ist das KIBIZ.

Unsere Befürchtungen, die der SPD und des Stadtelternrates haben sich bestätigt: Um den guten pädagogischen Standard der Kindertageseinrichtungen in Lüdenscheid halten zu können, müssen enorme Kostenanstrengungen vorgenommen werden.

Und ich rede hier nicht von „peanuts“, sondern von gut 500.000 € für Betriebskosten der städtischen Einrichtungen, 370.000 € für den pädagogischen Standard.

Die Stadt muss also deutlich mehr in ihre Kindergärten investieren, als im KIBIZ vorgesehen ist.

Hier müssen verantwortungsvolle Kommunen einmal mehr die Politik der CDU/FDP-Landesregierung finanziell ausbügeln.

Um so erfreulicher ist es, dass es uns mit GRÜNER Hilfe in Lüdenscheid parteiübergreifend gelungen ist, einen Konsens in der Gleichstellung städtischer und freier Träger bezüglich des pädagogisch-personellen Standards herbeizuführen. Alle Kindertagesstätten können somit 2 Erzieherinnen pro Gruppe beschäftigen.

Mindestens ebenso wichtig ist die Finanzierung von Berufspraktikantinnen, um die gute Ausbildung der Erzieherinnen auch für die Zukunft zu sichern.

Allerdings hat auch das hier

500.000 € jährlich gekostet, um die Startphase des KIBIZ für die Freien Träger abzusichern

und noch einmal 370.000 € eben für die Gleichstellung des pädagogischen Standards. Wer mitgerechnet hat, der weiß, dass dies über 1,5 Mill. Mehrkosten für die Stadt sind.

Liebe CDU und FDP, ist es ihnen nicht unangenehm oder gar peinlich, die Fehler ihrer Landesregierung immer wieder kommunal auszubügeln?

Andererseits ist es möglicherweise auch verantwortungsbewusst, sich so deutlich für die eigene Stadt und gegen landespolitische Vorgaben durchzusetzen. Ich frage mich bloß, wie das Herr Schulte so hin bekommt?...

Interessant am Diskussionsprozess über pädagogisch-einheitliche Standards ist die Tatsache, dass die CDU erst selbst auf diese Anregungen kommen musste, um sie letztendlich mitzutragen. Vorschläge der GRÜNEN mit exakt dem gleichen Inhalt hatten sie nur 2 Wochen vorher kopfschüttelnd abgelehnt.

Aber so funktioniert Politik wohl und wenn es um die gute Sache geht....

Wenn die Kinder etwas älter werden, möchten viele Familien in den Genuss der OGS kommen. Aber nicht jedes Kind konnte bisher einen Platz in einer Grundschule ergattern. Besserung verspricht der abgestimmte SPD-Antrag, die OGS-Plätze deutlich aufzustocken .

So wichtig, wie ein Anspruch auf einen Ganztagschulplatz ist aber auch die Planungssicherheit der Träger einer OGS-Maßnahme. Um verantwortungsvoll mit Personal umgehen zu können, sind langfristige Verträge notwendig. Aber genau dies ist häufig nicht möglich, weil die Anmeldezahlen Schuljahr für Schuljahr wechseln können, der Bedarf in der Familie oder die finanzielle Lage der Familie sich verändert. Es ist den Familien halt nur schwer zu erklären, dass der OGS selbst zu bezahlen ist, der Besuch einer echten Ganztagschule aber kostenfrei ist.

Hier kann nur eine verpflichtende Ganztagsgrundschule Abhilfe schaffen, oder aber die Kostenübernahme durch die Stadt erfolgen. Beides können wir kaum kommunalpolitisch durchzusetzen, hier sind endlich neue schulpolitische Konzepte der Landesregierung gefordert.

Ich hoffe, dass Landespolitiker der CDU, besser heute als morgen, merken, dass wirkliche Chancengleichheit im Bildungssystem nur über ein echtes und gut ausgestattetes Ganztagschulsystem zu erreichen sind, in der Schule und Jugendhilfe räumlich unter einem Dach intensiv zusammenarbeiten.

Wie schwierig es ist, Einsparungen oder Einnahmen statt Mehrausgaben im Haushalt zu verzeichnen, habe diese wenigen Beispiele gezeigt.

Immer wieder haben Landes- und Bundespolitische Beschlüsse finanzielle Auswirkungen auf die Kommunen, so dass ein Weg aus der Finanzmiesere kaum möglich zu sein scheint.

Es sei denn, man will radikale Einschnitte, d. h. Schließungen von mehreren Einrichtungen, denn eine würde schon lange nicht mehr ausreichen!

Doch dies ist parteiübergreifend bisher nicht gewünscht und das ist gut so!

Was ist also zu tun?

Eine gute Möglichkeit, ist die anstehende Verwaltungsreform. Hier sind bis zu 900.000 € einzusparen, wenn die Dezernentenstellen abgeschafft und in Fachbereichsleitungen ähnlich der Kreisverwaltung umgewandelt werden.

Wir sollten das nächste Jahr dazu nutzen, erste Weichen dafür zu stellen.

Auch Neukonzeptionen im Klimaschutz können durch Einsparungen von Energiekosten langfristig zu größerem Einsparpotenzial werden.

Mit ein bisschen Augenzwinkern wäre vielleicht auch die Anschaffung eines zweiten stadteigenen Radarwagens eine interessante Einnahmevariante??

Nein- ernsthaft betrachtet, bedeuten aber alle Einsparideen, dass der Rat sich die politische Handlungsfähigkeit und somit den Mut für Entscheidungen im nächsten Jahr trotz Wahl nicht nehmen lassen darf.

Das dies nicht nur für die nötige Verwaltungsreform oder anderen Sparvorschlägen von Bedeutung ist, zeigen auch die Diskussionen über die Weiterbearbeitung möglicherweise kontrovers zu diskutierenden Themen. (FNP)

Hier ist unserer Meinung deutlich: Jeder einzelne von uns, ist bis Oktober gewähltes Mitglied dieses Rates und trägt somit noch fast ein weiteres Jahr Verantwortung für unsere Stadt.

Wollen sie also wirklich 1 Jahr auf politische Handlungsfähigkeit verzichten?

Hat nicht jeder Wähler das Recht, zu wissen, wie die Einstellungen der einzelnen Parteien zu kontroversen Themen sind?

Ich möchte mit einer ehrlichen Aussage z. B. zum Flächennutzungsplan und somit zur Ausweisung von Gewerbe- und Wohnflächen in die Wahl gehen und wir GRÜNEN werden die Verantwortung für unsere Überzeugung über die Wahl hinaus tragen.

Ich fordere sie hiermit auf, zeigen auch sie diesen Mut und seien sie allen Wählern gegenüber ehrlich und eindeutig und treten sie gegen politischen Stillstand ein.

Ich hoffe jedenfalls auf ein politisch handlungsfähiges, mutiges Jahr 2009 und für einen sachgerechten, ehrlichen Wahlkampf. Wir stehen dafür ein!

Denn ich möchte auch in Zukunft in einer Stadt Lüdenscheid leben, die sich bewusst für die Vielfalt ihrer Menschen einsetzt, von der ich weiß, dass Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit oberstes Gebot ist und von der ich sehe, dass sie verantwortungsvoll mit den Ressourcen ihrer Umwelt umgeht.

Ich danke ihnen!